

Pressemitteilung

Berlin, 06. September 2011

5 Wahlprüfsteine für einen effektiven Diskriminierungsschutz in Berlin - die Parteien antworten

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) fragte die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien: *Was werden Sie tun, um um Betroffene von Diskriminierung zu stärken und eine Kultur der Wertschätzung und Gleichbehandlung nachhaltig zu fördern?*

„Diskriminierungsschutz ist natürlich allen Parteien wichtig, jedoch variiert die Sensibilität, der Kenntnisstand und die Bereitschaft der demokratischen Parteien rechtliche und politische Maßnahmen zu ergreifen. Die Antworten der Parteien machen diese großen Unterschiede sehr deutlich“, so Serdar Yazar, Vorstandsmitglied des advd. Sein Fazit: „Insbesondere die LINKE, aber auch die GRÜNEN zeigen sich fortschrittlich, während sich die SPD zurückhaltend gibt und bei der CDU und besonders bei der FDP die Skepsis überwiegt.“

Die Standpunkte der Parteien zu den jeweiligen Frageblöcken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ein Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

Während DIE LINKE als einzige Partei die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) in ihr Wahlprogramm schon aufnahm, senden die GRÜNEN positive Signale für die Verabschiedung des LADG. Die SPD möchte erst überprüfen, ob das LADG das richtige Instrument für die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes ist. CDU und FDP lehnen ein LADG ab.

Ein Berliner Landesprogramm gegen Diskriminierung zur Stärkung einer zivilgesellschaftlichen Beratungsinfrastruktur

Die SPD, LINKE und GRÜNE versprechen kein Landesprogramm gegen Diskriminierung, sind aber grundsätzlich gewillt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes Berlin die zivilgesellschaftliche Beratungsinfrastruktur weiter zu entwickeln. Die CDU und FDP verkünden, dass sie bestehende Maßnahmen und Projekte evaluieren und ggf. Streichungen vornehmen werden.

Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung

Die SPD möchte erst überprüfen, ob die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung juristisch und finanziell möglich ist. Die LINKE und GRÜNE begrüßen grundsätzlich ein Rechtshilfefonds, haben jedoch finanzielle Bedenken. Die CDU und FDP sprechen sich grundsätzlich dagegen aus.

Umsetzung des Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR)

Für die LINKE muss der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) zentral gesteuert und auf bezirklicher Ebene weiterentwickelt werden. Die SPD und CDU möchten den LAPgR evaluieren und ggf. weiterentwickeln. Die GRÜNEN plädieren für eine umfassende Diversity-Strategie in den Verwaltungen. Die FDP sieht für das Thema Diskriminierung in den Verwaltungen allein die Landesantidiskriminierungsstelle zuständig, ohne dabei auf den LAPgR einzugehen.

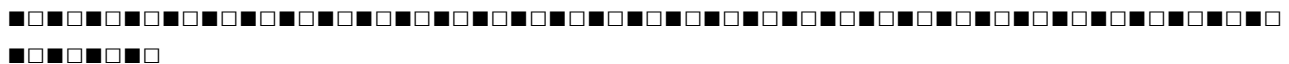
Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Die LINKE und die GRÜNEN möchten sich im Bundestag für die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einsetzen. Die SPD möchte zunächst überprüfen, ob Nachbesserungen im AGG notwendig sind. Die CDU und FDP finden den im AGG verankerten Diskriminierungsschutz ausreichend.

Alle Fragen des advd und die Antworten der Parteien können Sie dem Gesamtdokument auf der Homepage www.antidiskriminierung.org entnehmen.

Pressekontakt:

Serdar Yazar, Vorstandsmitglied – 0176 633 62 054



Im Mai 2007 – im Europäischen Jahr der Chancengleichheit – wurde mit Förderung der Europäischen Union der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) gegründet – ein bundesweiter Zusammenschluss unabhängiger Antidiskriminierungsbüros/-stellen, Selbstorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen vornehmlich aus der Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit. Der advd bündelt das fachliche Wissen, die langjährigen Erfahrungen und Expertisen seiner Mitgliedsorganisationen in einem Dachverband und setzt sich u.a. für die Etablierung einer umfassenden Antidiskriminierungsgesetzgebung und -rechtsprechung sowie deren effektive Rechtsdurchsetzung und Monitoring ein.